

Abstimmungen der Schweiz

von Marcus Heri



3. September 2019

Technische Berufsschule Zürich/Informatiker applikationsentwicklung/ap16d

Experte: Hansruedi Brunner

Inhaltsverzeichnis

[1 Einleitung 3](#_Toc21531638)

[1.1 Zustandekommen des Themas 3](#_Toc21531639)

[1.2 Ziel 4](#_Toc21531640)

[1.3 Leitfaden 5](#_Toc21531641)

[1.4 Danksagung 5](#_Toc21531642)

[2 Kapitel 1: 6 Wochen Ferien für alle 6](#_Toc21531643)

[2.1 Einleitung 6](#_Toc21531644)

[2.2 Argumente der Befürworter 7](#_Toc21531645)

[2.3 Argumente der Gegner 7](#_Toc21531646)

[2.4 Veränderungen nach der Abstimmung 7](#_Toc21531647)

[3 Kapitel 2: Masseneinwanderungsinitiative 8](#_Toc21531648)

[3.1 Einleitung 8](#_Toc21531649)

[3.2 Argumente der Befürworter 9](#_Toc21531650)

[3.3 Argumente der Gegner 9](#_Toc21531651)

[3.4 Veränderungen nach der Abstimmung 10](#_Toc21531652)

[4 Kapitel 3: Mindestlohninitiative 11](#_Toc21531653)

[4.1 Einleitung 11](#_Toc21531654)

[4.2 Argumente der Befürworter 12](#_Toc21531655)

[4.3 Argumente der Gegner 12](#_Toc21531656)

[4.4 Veränderungen nach der Abstimmung 13](#_Toc21531657)

[5 Kapitel 4: AHVplus: für eine starke AHV 14](#_Toc21531658)

[5.1 Einleitung 14](#_Toc21531659)

[5.2 Argumente der Befürworter 15](#_Toc21531660)

[5.3 Argumente der Gegner 16](#_Toc21531661)

[5.4 Veränderungen nach der Abstimmung 16](#_Toc21531662)

[6 Kapitel 5: Selbstbestimmungsinitiative 17](#_Toc21531663)

[6.1 Einleitung 17](#_Toc21531664)

[6.2 Argumente der Befürworter 18](#_Toc21531665)

[6.3 Argumente der Gegner 19](#_Toc21531666)

[6.4 Veränderungen nach der Abstimmung 19](#_Toc21531667)

[7 Kapitel 6: Abstimmung EU-Waffenrichtlinie 20](#_Toc21531668)

[7.1 Einleitung 20](#_Toc21531669)

[7.2 Argumente der Befürworter 21](#_Toc21531670)

[7.3 Argumente der Gegner 21](#_Toc21531671)

[7.4 Veränderungen nach der Abstimmung 22](#_Toc21531672)

[8 Kapitel 7: E-Voting 23](#_Toc21531673)

[8.1 Einleitung 23](#_Toc21531674)

[8.2 Argumente der Befürworter 23](#_Toc21531675)

[8.3 Argumente der Gegner 23](#_Toc21531676)

[8.4 Interview 23](#_Toc21531677)

[8.5 Meinung über E-Voting 23](#_Toc21531678)

[9 Schlusswort 24](#_Toc21531679)

[9.1 Fazit 24](#_Toc21531680)

[9.2 Reflexion 24](#_Toc21531681)

[10 Quellen- und Abbildungsverzeichnis 25](#_Toc21531682)

[10.1 Abbildungsverzeichnis 26](#_Toc21531683)

[11 Anhang 27](#_Toc21531684)

[11.1 Arbeitsprotokoll 27](#_Toc21531685)

[11.2 Sitzungsprotokolle 31](#_Toc21531686)

# 1 Einleitung

Die Schweiz, ein kleiner und fast schon unbedeutender Fleck auf der Landkarte und doch kennt uns fast jeder auf dieser Welt. Eine Sache, für die wir Schweizer bekannt sind, ist unsere Politik. Wir haben nur in einem Punkt alle die gleiche Meinung, und zwar dass wir nie einer Meinung sind. Wir haben so viele verschiedene Sichtweisen zu einem Thema, wie wir Einwohner haben.

## Zustandekommen des Themas

In dieser Vertiefungsarbeit befasse ich mich mit den Abstimmungen der Schweiz. Diese Abstimmungen liegen höchstens 10 Jahre zurück. Ich habe dieses Thema ausgesucht, da ich es sehr interessant finde, wie das schweizer Abstimmungsverhalten sich je nach den Umständen verändert. Ausserdem bin ich der Meinung, dass die jungen Wähler abstimmen gehen sollten. Bevor diese Stimmen gehen, wäre es zusätzlich von Vorteil, wenn sie sich über die Themen informieren würden. Dies dient dazu, sich nicht von Drittperson beeinflussen zu lassen. Ich schreibe diese Arbeit unter anderem noch, um mich mehr mit der Schweizer Politik auseinanderzusetzen. Mit diesen neu gewonnen Erfahrungen kann ich mit meiner Familie und meinem Freundeskreis, welche sich oft über Politik unterhaltet, mehr mitreden. Ich persönlich war schon zwei Mal wählen und habe einmal ausgeholfen bei der "Jungfreisinnige Stadt Zürich" für das "E-Voting Moratorium" Stimmen zu sammeln. Ich war einmal bei einem Parteitreffen der "Jungfreisinnige Stadt Zürich" dabei, bei welchem es hauptsächlich um Themen, welche die Stadt Zürich betrafen, ging. Ich habe mich oft, als ich in der Sekundarschule war mit den damals neusten Abstimmungen (Masseneinwanderung, etc.) auseinandergesetzt. Diese Abstimmungen wurden in der Schule durch Gespräche mit dem Lehrer und der Klasse während der Stunde besprochen. Auch habe ich mit meinen Freunden nach der Schule über jene Themen diskutiert. Privat hatte ich zu Hause mit meinen Eltern ab und zu die Sendung "Arena" von SRF geschaut.

## 1.2 Ziel

Das Ziel dieser Dokumentation ist es, die in meinen Augen wichtigsten sechs Abtimmungen der letzten zehn Jahren zu sammeln und diese näher zu betrachten. Positive und negative Argumente, die während der Abstimmungen genannt wurden, werden detailliert aufgelistet. Am Schluss jedes Kapitels werden dann die Folgen der Abstimmungen erläutert, unabhängig davon ob diese angenommen wurde oder nicht. Informiert hatte ich mich zum grössten Teils über das Internet (Admin.ch, ch.ch, NZZ und viele weitere Zeitschriften / Webseiten).

Neben den sechs Abstimmungen, die ausgewählt wurden, wird noch über das brandaktuelle Thema E-Voting noch berichtet. Es wird genau wie die anderen Abstimmungen mit einer Einleitung kurz beschrieben. Vor- und Nachteile werden genannt und ich werde meine Meinung zu diesem Thema noch wiedergeben. Ausserdem versuche ich manche Leser zu überzeugen, dass E-Voting momentan noch nicht reif genug ist, um eingesetzt zu werden. Anders als bei den Abstimmungen, wurde Chris Fraser interviewt, welcher beim E-Voting Moratorium von den Jungfreisinnige Stadt Zürich das Unterschriftensammeln geleitet hatte.

## 1.3 Leitfaden

### Was waren wichtige Abstimmungen?

Sechs Kapitel mit je einer Abstimmung, die in meinen Augen wichtig waren und auch oft in meinem privaten Umfeld oder im Fernsehen diskutiert wurden.

### Was waren die Argumente für / gegen die Abstimmung?

Die heissesten Argumente für / gegen die Abstimmung, um welche zu dieser Zeit sich gegenseitig das Haar vom Kopf gerissen wurden.

### Was hatten die Abstimmungen bezweckt?

Ich will aufzeigen, was sich nach der Abstimmung wirklich getan hatte und auch bewerten, ob dies jetzt eher positiv oder negativ war.

### Ist E-Voting Gut oder Böse?

Ich versuche bei diesem Thema die Für- und Gegenargumente aufzulisten und dann diese in meiner persönlichen Meinung zusammenzufassen.

## 1.4 Danksagung

Ich danke Chris Fraser, dem leitenden Unterschriftsammler der Jungfreisinnige Stadt Zürich, welcher sich für ein Interview zur Verfügung gestellt hat. Er hat mir geholfen, die politische Sicht von E-Voting besser zu verstehen.

# 2 Kapitel 1: 6 Wochen Ferien für alle

## 2.1 Einleitung

Der Gedanke dieser Abstimmung war es, dass alle Arbeitnehmer sechs Wochen bezahlte Ferien erhalten, statt den gesetzlich geregelten 4 Wochen. Dazu ist noch anzumerken, dass im momentanen Gesetz Lehrlinge eine fünfte Ferienwoche gesetzlich zur Verfügung stehen. Der Gedanke bei dieser Vorlage war, je mehr Ferien zur Verfügung stehen desto mehr erhole man sich und man würde Fortschritte beim Gesundheitsschutz machen.1

Abb. : Werbebild zu 6 Wochen Ferien für alle

Empfohlen wurde am 18. Juni 2010 vom Bundesrat, diese Abstimmung abzulehnen, da die aktuelle Regelung sich bisher bewehrt hatte.1

Über die Eidgenössische Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle" wurde am 11. März 2012 abgestimmt und 66.5 Prozent der Schweizer Bevölkerung hat diese abgelehnt.2

## 2.2 Argumente der Befürworter

Die Arbeitsleistung stieg zwischen 1992 bis 2007 um 21 Prozent. Allerdings erhöhten sich die Löhne für diesen Zeitraum nur um 4 Prozent. Die Befürworter waren der Meinung, dass dies Unfair sei, auch weil mehr Arbeit geleistet wurde, bei weiterhin nur vier Wochen Ferien pro Jahr. Deswegen wollte man sechs Wochen Ferien einführen. Die zusätzlichen Ferien hätten einen positiven Einfluss auf die Gesundheit und die langfristige Leistungsfähigkeit.3

Die entstehenden Kosten durch Arbeitsbelastung wurden damals vom Staatssekretariat auf 10 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr geschätzt. Die arbeitsmedizinische Studie ergab, dass eine Arbeitsunterbrechung von zwei bis drei Wochen eine vollständige Erholung bezwecken würde.3

Die durchschnittliche Ferienbeanspruchung liegt bei fünf Wochen, eine zusätzliche Woche würde die Lohnkosten eines Unternehmens um 2 Prozent erhöhen, was durchschnittlich 5 Franken pro Mitarbeiter pro Tag ausmachen würde. Dies sei aus wirtschaftlicher Sicht eines Unternehmens sehr wohl tragbar. 3

## 2.3 Argumente der Gegner

Längere Abwesenheit in einem Unternehmen müsse irgendwie kompensiert werden und dies würde zusätzliches Personal oder durch das Erledigen einer Arbeit in kürzerer Zeit geschehen. Was im Umkehrschluss bedeuten würde, dass die Initiative keinerlei Schutz gegen Arbeitsbelastung hätte.1

Durch die Initiative würde die individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten eingeschränkt werden. Ausserdem würden die Personalkosten sich in höheren Steuern wiederspiegeln.3

## 2.4 Veränderungen nach der Abstimmung

Da die Initiative nicht angenommen wurde, stiegen im Jahr 2012 die Kosten durch Erkrankung der Arbeitnehmer auf mehr als 30 Milliarden Schweizer Franken, dies wurde durch eine australische Studie aus dem Jahr 2009 belegt. Der wirtschaftliche Markt ist jedoch in Bezug auf die Ferien unverändert geblieben.4

# 3 Kapitel 2: Masseneinwanderungsinitiative

## 3.1 Einleitung

Die SVP nahm eine erhöhte Einwanderung war, weswegen sie am 14. Februar 2012 eine Volksinitiative vorschlagen, welche die Zuwanderung in der Schweiz regulieren sollte. Dies wollten die Befürworter dadurch erreichen indem sie eine Limite setzten, wie viele Ausländer pro Jahr einwandern dürfen. Diese Limiten sollten agil mit den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz eingesetzt werden. Zusätzlich sollten die Aufenthaltsbewilligung, Familiennachzug und Sozialleistungen beschränkt werden.5

Abb. : Werbebild zu Masseneinwanderung

Gründe, wieso die Initiative ins Leben gerufen wurde waren, dass man selbst bestimmen könnte, wer für wie lange in der Schweiz bleiben darf. Die Schweizer sollten in der Arbeitssuche Vorrang haben. Die Ausländer sollten für die Aufenthaltsbewilligung Kriterien erhalten. Ein paar davon wären das Gesuch eines Arbeitsgebers, Integrationsfähigkeit und eine eigenständige Existenzgrundlage. Auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und umfassende Sozialleistung hätten die Ausländer keinen Anspruch mehr.6

Das Parlament beschloss am 07. Dezember 2012, dass man diese Volksinitiative abzulehnen sollte.5

Die Abstimmung fand am 9. Februar 2014 statt und das Volk stimmte mit 50,3 Prozent für die Initiative.5

## 3.2 Argumente der Befürworter

Die Argumente von den Befürwortern waren, dass die Schweiz die Kontrolle über die Einwanderung verloren hätte und mit der Annahme der Initiative könnte man selbst entscheiden, welche Ausländer und Ausländerinnen für wie lange in der Schweiz bleiben dürfen. Die Einwanderung wäre begrenzt und es hätte klare Kriterien, wie ein Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende eigenständige Existenzgrundlage.7/8

Die Einbürgerung in den letzten fünf Jahren entspräche der Einwohnerzahl der Stadt Zürich. Weiter betrüge der Ausländeranteil der Schweiz 22 Prozent (Stand 2010). Das Bundesamt für Migration rechne 2035 mit einer Wohnbevölkerung von bis zu 10 Millionen.7

Auswirkungen der Zuwanderungen wären unter anderem, dass die Strassen und Züge überfüllt seien, die Mieten und Bodenpreise anstiegen. Zudem würden die Einwanderer aus der EU Arbeitnehmer aus Drittstaaten verdrängen, welche nicht in ihre Heimatländer zurückkehren könnten und somit eine Belastung für die Sozialkasse würden. Die Löhne würden unter Druck geraten und der Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität würden ansteigen.7

## 3.3 Argumente der Gegner

Durch die Initiative würde die schweizerische Migrationspolitik verloren gehen. Die Initiative würde ausserdem gegen Freizügigkeitsabkommen mit der EU verstossen.9

Dadurch, dass die Volksinitiative gegen das Freizügigkeitsabkommen verstossen würde, würde dies zur Kündigung der bilateralen Verträge führen. Diese Initiative würde ausserdem der Wirtschaft schaden, da wir auf Zuwanderung angewiesen seien und durch das Freizügigkeitsabkommen könnte man leicht und unkompliziert an fehlenden Arbeitskräften kommen.10

## 3.4 Veränderungen nach der Abstimmung

Die Initiative wurde je nach der politischen Sichtweise der jeweiligen Personen umgesetzt oder nicht. Christoph Blocher von der SVP war der Meinung, dass der Bundesrat und das Parlament beschlossen hätten, die Initiative nicht umzusetzen.11

SVP-Nationalrat Roger Köppel war auch der Meinung, dass der Volksentscheid nicht durgesetzt wurde, was aber nicht unüblich sei, dass Initiativen abgeschwächt werden. Im Gesetzesentwurf waren weder Höchstzahlen noch Kontingente vorgesehen.12

FDP Nationalrat Kurt Fluri war der Meinung, dass Initiativen so umgesetzt würden, dass keine bilateralen und völkerrechtlichen Abmachungen verletzt werden. Ausserdem finden Initiativen, die Abgelehnt wurden, manchmal trotzdem ins Gesetz. Dies sei auch das Problem an dem schweizer Politiksystem, das Volk äussere seine Meinung, jedoch obliege die Umsetzung am Parlament.12

# 4 Kapitel 3: Mindestlohninitiative

## 4.1 Einleitung

Die am 23. Januar 2012 eingereichte Initiative wollte vor unfairen Löhnen schützen. Dies wollte sie bezwecken, indem sie einen neuen Gesetzesartikel einführen, welcher besagt, dass der Bund und die Kantone Massnahmen zum Schutz der Löhne treffen müssten. Der Mindestlohn würde 22 Franken pro Stunde betragen, dieser wäre eine zwingende Lohngrenze. Dennoch könnten für besondere Arbeitsverhältnisse Ausnahmen erlassen werden. Dieser Mindestlohn würde regelmässig an Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden und die Kantone dürften zwingende Zuschläge auf den Mindestlohn festlegen. Der Gesetztes Artikel sollte spätestens drei Jahre nach dessen Annahme durch das Volk Inkrafttreten. Wäre dies nicht der Fall erlasse der Bundesrat unter Mitwirkung der Sozialpartner die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg.13/14

Abb. : Mindestlohn Ja Plakat

Das Parlament empfahl zur Ablehnung der Initiative, mit oder ohne Gegenvorschlag und die Räte (Nationalrat und Ständerat) empfahlen zur Annahme der Initiative.14

Am 18. Mai 2014 wurde über die Initiative abgestimmt und sie wurde durch das Volk mit 76,3 Prozent der Stimmen abgelehnt.14

## 4.2 Argumente der Befürworter

Die Befürworter warben mit den Argumenten wie, die Initiative bringe fairere Löhne und es sei unwürdig für die reiche Schweiz, dass 330‘000 hart arbeitende Schweizer unter 4‘000 Schweizer Franken pro Monat verdienten. Betroffen seien Berufe von der Schuh-Verkäuferin über die Flugbegleiterin bis zum Gartenbauer.15

Ein weiteres Argument ist, der Mindestlohn schütze vor Lohndumping. Was bedeutet, dass die fairen Unternehmer sich nicht mehr vor anderen Unternehmen fürchten müssten, die in- und ausländische Mitarbeiter einstellten, welche für sehr wenig Geld arbeiten würden. Somit würden alle profitieren, die anständig zahlenden Arbeitgeber, die Steuerzahler, welche die Zeche nicht über der Sozialhilfe zahlen müssten und die Menschen mit Tiefstlöhnen hätten mehr zum Leben. Die Wirtschaft würde durch die stärkere Kaufkraft und durch die neuen Arbeitsplätze auch noch profitieren.15

Positive Nebeneffekte der Initiative wären noch, dass die AHV-Einnahmen durch die Lohnaufstockung noch stiegen und geschätzte 118 Millionen Franken mehr einfliessen würden und durch die leichtere Sozialversicherung es sogar 296 Millionen Franken wären. Die Sozialkosten würden um 103 Millionen Franken sinken und es würden durch die zusätzlichen Ausgaben für Güter etc. zur Ankurblung des Wirtschaftskreislauf führen und somit würden auch mehr Arbeitsplätze geschaffen.15

## 4.3 Argumente der Gegner

Ein Mindestlohn von 22 Franken wäre überdurchschnittlich im vergleich zu Europa. Es würde den Wirtschaftsstandort in der Schweiz weiter schwächen, da die Schweizer ihr Geld sowieso schon im Ausland ausgeben würden. Zum Beispiel bestellten sich die Schweizer ihre Pizzen, schnitten ihre Haare und buchten ihre Flüge im Ausland.16

Nicht jeder, der für einen tiefen Lohn arbeiten würde, ist von Armut betroffen. Viele Tieflohnbezüger würden ihren Lohn in einem Haushalt unterbringen, in welchem noch andere Personen ihren Einkommen reinstecken. Ausserdem würden Haushalte mit tiefen Einkommen auch schon von Steuerverbilligungen, Prämienverbilligungen bei Krankenkassen und für Vergütung von Kundenbetreuung erhalten.16

Die Initiative würde Nebenjobs oder Jobs mit weniger qualifizierten Mitarbeitern gefährden, da die einfach wegrationalisiert werden würden. Auch die Landwirtschaft würde schaden nehmen, da diese durch die 22 Franken pro Stunde, sehr die Konkurrenzfähigkeit einschränken würde, wenn diese nicht mit Automatisierungen und Effizienzsteigerung darauf reagieren würden.16

Schaden würden ausserdem die klein- und mittelgrossen Unternehmen nehmen, da diese eh schon mit der harten Konkurrenz der Wirtschaft anzukämpfen hätten. Diese hohen Mindestlöhne würden sie gegen ausländische Unternehmen benachteiligen.16

## 4.4 Veränderungen nach der Abstimmung

Am 22. Februar 2019 hat der Verein kantonaler Basler Mindestlohn 4500 Unterschriften gesammelt und die Mindestlohninitiative einzureichen. Damit der Basler Mindestlohn auf 23 Franken pro Stunde erhöht wird.17

# 5 Kapitel 4: AHVplus: für eine starke AHV

## 5.1 Einleitung

AHVplus war eine Initiative, welche vorschlug, dass man die AHV-Renten um 10 Prozent erhöht. Die Begründung war, dass die AHV-Renten immer mehr Löhne hinterherhinkten. Sie rechtfertigten dies, dass man auch im Alter noch ein anständiges Leben führen dürfte und dass die viele alte Menschen von ihrer Pensionskasse nur eine kleine Rente bekämen.18

Abb. : Logo der Initiative AHVplus

Die Übergangsbestimmung der Bundesverfassung hatten wie folgt ausgesehen. Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente hätten Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente gehabt und jener Zuschlag hätte ab dem Beginn des zweiten Kalenderjahrs, nach Annahme durch das Volk begonnen.18

Der Bundesrat empfahl die Abstimmung abzulehnen. Der Ständerat und Nationalrat folgten dem Beispiel und lehnten die Initiative auch ab.19

Am 18. Mai 2014 wurde über die Initiative abgestimmt und 59,4 Prozent der Stimmen lehnten diese ab.19

## 5.2 Argumente der Befürworter

Ein Argument der Befürworter war, dass die Pensionskassen einen Verlust machten. Was bedeutet, dass man in den nächsten Jahren mit einem Rentenverlust rechnen müsste. Gründe waren die Negativzinsen und immer tiefer werdende Rendite. Die Verfassung schrieb existenzsichere Renten vor, doch die AHV war gegenüber den Löhnen im Rückstand und musste somit mit den Gesundheitskosten angepasst werden. 20

Durch das man die Beiträge direkt wieder als Rente ausgäbe, sei die AHV stabil. Dies senke Verwaltungskosten die AHV bewältige die Alterung sehr gut. Obwohl die Lohnprozenten seit 1975 nicht gestiegen seien und nur ein Mehrwertsteuer-Prozent dazukam, zahle die AHV doppelt so viele Renten aus.20

Auch war ein Grund, wieso man mehr in die AHV einzahlen sollte war, dass die AHV ein unschlagbaren Preis-Leistungsverhältnis hätte. Die Rentnerinnen würden durch die Initiative profitieren, da 38 Prozent von ihnen nur über eine AHV-Rente verfügten. Die AHV wäre zwischen Mann und Frau gleich gross, da diese Lohngleichheit, Babypausen und Teilzeitarbeit berücksichtigen würde.20

Junge Menschen würden jedoch auch davon profitieren, da diese nach der Ausbildung in schlecht bezahlten Praktika und Mini-Jobs arbeiteten und somit nicht viel Geld für die zweite Säule übrighätten.20

Eine Lohnerhöhung von 0.4 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde schon ausreichen, um der AHV eine 10 Prozent Erhöhung zu gewähren. Die AHV-Lohnprozente seien seit 40 Jahren nicht mehr gestiegen und diese 0.4 prozentige Erhöhung sei bei unserer Wirtschaft tragbar.20

## 5.3 Argumente der Gegner

Hauptargumente gegen die Initiative waren, dass es eine Gesamtreform bräuchte, da die AHV schon mehr ausbezahle als einnehme. Würden keine Gegenmassen für die Renten ergriffen, fehlten 2030 jährlich 7.5 Milliarden Franken. Mit der Initiative wären es 2030 5.5 Milliarden Franken.21

Die "Altersreform 2020" wäre das wichtigste Projekt der nächsten Jahre und könne durch die AHVplus-Initiative gefährdet werden. Diese Reform umfasste alle drei Säulen und mit ihr könnten wir die AHV so sanieren, dass man heute wie morgen eine sichere Rente hat. Ausserdem sollte man die 10 Prozent nicht im Giesskannenprinzip verteilen. Das Heisst, dass die Minimalrente mit der Initiative von 1170 Franken auf 1280 Franken steigen würde, jedoch die Maximalrente von 2340 Franken auf 2580 steigt. Was bedeutet, dass man jenen, die keine höhere Rente brauchten, mehr gäbe und dies auf Kosten aller.21

Die Rentner würden nicht von der Initiative profitieren, da der erhörte Teil der Rente von der Ergänzungsleistung, welche sie bekämen, abgezogen würde. Die Rente sei ausserdem noch steuerpflichtig, was bedeuten würde, dass sie mehr bezahlen müssten.21

Die Erhöhung der Lohnbeiträge würde den Kleinunternehmen sehr schaden, da diese mit dem teuren Franken sowieso schon geschwächt wären. Die Erhöhung der Beiträge bei Familien und Personen mit tiefen Einkommen würde sie ausserdem noch belasten.21

## 5.4 Veränderungen nach der Abstimmung

Nach der Ablehnung der AHVplus-Initiative scheiterte ausserdem noch die AV2020 Reform und die Unternehmenssteuerreform III wurde abgelehnt. Diese wurden jedoch wieder zusammengenommen und kamen als STAF-Initiative zurück, welche 19.05.2019 angenommen wurde.22/23

# 6 Kapitel 5: Selbstbestimmungsinitiative

## 6.1 Einleitung

Die Initiative war dazu gedacht, dass die Schweizer Rechte über dem Völkerrecht steht und somit die Schweizer immer die letzte Entscheidung haben. Die Bundesverfassung diene als oberste Rechtsquelle der Schweizer Eidgenossenschaft. Ausnahmen wo die Bundesverfassung nicht über dem Völkerrecht steht, seien die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechtes. Der Bund und die Kantone dürften keine völkerrechtlichen Verpflichtungen mehr eingehen, die der Bundesverfassung wiedersprechen. Im Falle eines Wiederspruches eines Völkerrechtes und der Bundesverfassung würde versucht werden, das Völkerrecht so auf die Vorgaben der Bundesverfassung anzupassen, dass diese sich nicht mehr wiedersprechen würden. Gelinge dies nicht führe dies zur Kündigung des Völkerrechtes. Bundesgesetzte und völkerrechtliche Verträge, welche einem Referendum unterstanden würden für rechtsanwendenden Behörden massgebend. Mit der Annahme der Initiative wären alle aktuellen und zukünftigen völkerrechtliche Verträge betroffen gewesen.24/25

Abb. : Wahlplakat Selbstbestimmungsinitiative

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen die Selbstbestimmungsinitiative mit oder ohne Gegenentwurf abzulehnen.26

Am 25. November 2018 hatte das Volk die Initiative mit 66.2 Prozent der Stimmen abgelehnt.26

## 6.2 Argumente der Befürworter

Das Hauptargument der Befürworter war, dass die Bürger und Bürgerinnen mittels Initiativen und Referenden selbst entschieden hätten, welche Vorlagen angenommen würden und welche abgelehnt würden. Somit hätten die Bürger Kontrolle über unsere Rechtsordnung, unser Leben, unsere Heimat und unsere Zukunft.27

Volksentscheide würden ab sofort gelten, wir würden selbst bestimmen können wie hoch unsere Steuern sind, wie die Landwirtschaft behandelt würden (Überbauung / Lohndumping etc.) und vieles weitere. Die Volksentscheide würden mit dieser Initiative respektiert und umgesetzt.27

Internationale Gremien und Behörden würden den Bereich von internationalen Verträgen ausweiten. Somit könnten die Schweizer Politiker und Gerichte Volksentscheidungen nicht mehr oder nur teilweise umsetzen. Zum Beispiel könnten verurteilte Straftäter nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, da diese sich auf ein internationales Recht berufen. Die Steuerung der eigenen Einwanderung wäre trotz Volksentscheid auch nicht umsetzbar, da das Freizügigkeitsabkommen der EU im Wege stehe.27

Die Initiative würde Klarheit und Sicherheit schaffen. Das demokratische schweizerische Vertragsrecht sei in der Schweiz die oberste Rechtsquelle. Im Konfliktfalle sollte es gegenüber dem internationalem Recht Vorrang haben, ausgenommen es sei ein zwingendes Völkerrecht. Die Menschenrechte wären auch nicht tangiert, da sie in unserer Verfassung festgeschrieben wären.27

## 6.3 Argumente der Gegner

Laut den Gegnern der Selbstbestimmungsinitiative, würde die aussenpolitische Handlungsfähigkeit geschwächt werden. Der Schutz der Menschenrechte könne nicht gewährt werden. Ausserdem würde die Initiative nicht zu einer Klärung von dem Landes- und Völkerrecht, sondern eher zu Unsicherheiten und dies würde der Schweiz schaden. Unsicherheit würde der Wirtschaft schaden, dies erläuterte der Dachverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. 97‘000 Firmen wären auf einen sicheren Zugang zu den Weltmärkten angewiesen.28

Laut der Initiative müsste die Schweiz in einem Konfliktfall mit der Europäischen Menschenrechtskommission aus dieser austreten. Ausserdem würden internationale Verträge, die nicht mit der Bundesverfassung übereinstimmen, welche den noch von dem Volk gutgeheissen wurden, neu verfasst, gebrochen oder gekündigt werden.28

Die Initiative wolle, dass die Schweiz zukünftig die Finger hinter dem Rücken kreuze, während sie mit der anderen Hand etwas verspreche und sie würde den Schweizern Selbstbestimmung andrehen, während sie aber die Verlässlichkeit der Schweiz raube.28

## 6.4 Veränderungen nach der Abstimmung

Bisher sind keine schlechten Folgen aufgetreten, da die Initiative abgelehnt wurde. Die Verträge mit der Schweiz blieben bestehen und wir mussten keine Völkerrechte anpassen, brechen oder kündigen.

# 7 Kapitel 6: Abstimmung EU-Waffenrichtlinie

## 7.1 Einleitung

Die Abstimmung hätte das Ziel den Missbrauch von Waffen zu bekämpfen. Die Abstimmung wurde durch die EU eingeführt, da diese ihre Waffenrichtlinien angepasst hatte und da die Schweiz im Schengen- und Dublin Staatenbund mitwirkt, müsste sie diese Waffenrichtlinien auch anpassen. Neu in dieser Waffenrichtlinie wäre, dass alle wesentliche Bestandteile der Waffe markiert werden. Zudem würde der Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten verbessert, wie zum Beispiel, wem den Erwerb einer Waffe aus Sicherheitsgründen verweigert wurde. Vorgesehen waren auch die Anpassungen bei der Zulassung von halbautomatischen Waffen mit grossem Magazin, da diese ohne Nachladen eine grosse Anzahl Schüsse abgeben könnten. Regelungen, die nicht verändert werden, wären unter anderem das Sturmgewehre weiterhin aus dem Militärdienst direkt übernommen werden können. Im Schweizer Schiesssport dürfen weiterhin halbautomatische Waffen mit einem grossen Magazin, wie z.B. das Sturmgewehr, verwendet werden, es wären weiterhin keine medizinischen oder psychologischen Tests nötig, ein zentrales Waffenregister wäre nicht vorgesehen und Jägerinnen und Jäger dürften ihre Waffen weiterhin verwenden.29

Abb. : Waffengesetz Plakat der SP

Der Stände- und Nationalrat beschlossen beide zur Annahme der Abstimmung.30

Das Volk stimmte am 19. Mai 2019 mit 63,7 Prozent der Stimmen für die EU-Waffenrechtlinien.30

## Argumente der Befürworter

Die Rückverfolgung der Waffen würde verbessert werden, indem die Waffenhändler die Käufe so schnell wie möglich kommunizieren, die derzeitigen Besitzer von halbautomatischen Waffen beim Kanton anmelden und alle Elemente einer Waffe beim Herstellen gekennzeichnet werden. Dies diene dazu, den Informationsaustausch zu erleichtern und mehr Sicherheit und Prävention zu gewährleisten.31

Gemessen an der Schusswaffe pro Kopf in der Welt lege die Schweiz mit ungefähr 2.5 – 3 Millionen Schusswaffen an dritter Stelle. Dies könne zu dramatischen Folgen bezüglich häuslicher Gewalt führen oder der Anzahl der Selbstmorde. Die Schusswaffe sei auch das Instrument, welches dem Opfer die geringste Überlebungschance lasse.31

Eine Einschränkung und bessere Kontrolle des zivilen Waffenbesitzes würde zu erhöhten Sicherheit in der Bevölkerung führen. Das Projekt sei der erste Schritt in die richtige Richtung, in dem man den Besitz halbautomatischen Waffen auf reguläre Schützen und Schützinnen oder Mitglieder einer Schliessgesellschaft beschränkt. Das sei symbolisch sehr wichtig.31

## Argumente der Gegner

Das Argument, das die Schweiz aus Schengen ausgeschlossen würde, sei geradezu bizarr, da diese Entscheidung keine juristische, sondern eine politische wäre. Die EU hätte kein Interesse die Schweiz aus dem Schengen-Raum zu werfen. Gemäss den Angaben des Bundesrates von 2004 / 2005 sei für den Fall einer Nichtübernahme von Waffenverschärfung mit der Tragweite der neuen EU-Richtlinie, eine Einigung zwischen der Schweiz und der EU auf eine pragmatische Lösung zur Weiterführung des Abkommens vorgesehen.32

Das Recht eine Waffe zu besitzen sei ein Menschenrecht, dass uns genommen würde und muss verhindert werden. Das Schweizer Waffengesetz hätte der Funktion des privaten Waffenbesitzes als Notfall-Menschenschutz bis jetzt immer Rechnung getragen und dies dürfe sich nicht ändern schon gar nicht wegen ein wenig Schengen-Angstmacherei.32

Das Waffenrecht sei primär kein Schützenrecht, sondern ein Bürgerrecht. Der Erhalt des Rechtes auf privaten Waffenbesitz sei für einen Bürger genau so kritisch wie der Erhalt des Rechtes auf freie Meinungsäusserung.32

Die Verschärfung der EU-Waffenrichtlinien seien primär entstanden, um den Terror und den Missbrauch einzuschränken, dies sei jedoch nutzlos. Es gäbe in der Schweiz ausserdem kaum Probleme durch Missbrauch, was andere Länder erstaunt, dass zeige wie in unserem Land verantwortungsvoll mit den Waffen umgegangen würde.32

## Veränderungen nach der Abstimmung

Durch die Annahme der Waffenrichtlinie wurden folgende Änderungen durchgeführt, neue hergestellte Waffen müssen und wesentliche Bestandteile der Waffe markiert werden, der Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten wurde verbessert und bestimmte Waffentypen aus der Kategorie B (bewilligungspflichtigen Feuerwaffen), in welchem das Militärsturmgewehr dazugehört, wurden in die Kategorie A (verbotene Waffen) überführt.33

# 8 Kapitel 7: E-Voting Moratorium

## 8.1 Einleitung

In dieser Abstimmung geht es, um die Sicherung der Abstimmungen vor Cyberangriffen zu schützen. Im Gesetz wird die Abgabe von elektronischen Verfahren verboten. Die Bundesversammlung darf das Verbot aufheben, sobald gewährleistet wurde, dass mindestens die gleiche Sicherheit gegen Manipulation besteht wie bei der handschriftlichen Abgabe. Es müssen Punkte zutreffen, um den Artikel aufzuheben. Die Stimmberechtigten können ohne Sachkenntnisse die elektronische Stimmenabgabe überprüfen, sämtliche Stimmen müssen so gezählt werden, wie der Wähler diese unbeeinflusst abgegeben hat und Teilergebnisse müssen den vorherigen Punkten entsprechen und dürfen nicht falsch anerkannt werden. Ausserdem kann die Bundesversammlung frühstens nach fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Verbotes diesen wieder aufheben.34

Abb. : Banner E-Voting Moratorium

Die Meinung von Bundes-, Stände- und Nationalrat ist noch ausstehend.35

## 8.2 Argumente der Befürworter

## 8.3 Argumente der Gegner

## 8.4 Interview

## 8.5 Meinung über E-Voting

# 9 Schlusswort

## 9.1 Fazit

## 9.2 Reflexion

# 10 Quellen- und Abbildungsverzeichnis

1. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20100057> (12.09.2019)
2. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20120311/det557.html> (12.09.2019)
3. <https://www.vimentis.ch/d/publikation/279/Abstimmung+11.03.2012%3A+Initiative+f%C3%BCr+6+Wochen+Ferien+f%C3%BCr+alle.html> (12.09.2019)
4. <https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_Formulare/Arbeit/Arbeitsbedingungen/studien_berichte/Gesundheitskosten%20hoher%20Arbeitsbelastungen%20-%20Ausf%C3%BChrlicher%20Bericht.pdf.download.pdf/Gesundheitskosten%20hoher%20Arbeitsbelastungen%20-%20Ausf%C3%BChrlicher%20Bericht.pdf> (12.09.2019)
5. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20120098> (18.09.2019)
6. <https://www.masseneinwanderung.ch/content/initiative/> (18.09.2019)
7. <https://de.wikipedia.org/wiki/Eidgen%C3%B6ssische_Volksinitiative_%C2%ABGegen_Masseneinwanderung%C2%BB#Bef%C3%BCrwortende_Argumente> (20.09.2019)
8. [https://web.archive.org/web/20111005091241/http://www.masseneinwanderung.ch/downloads/argumentarium\_vi\_masseneinwanderung\_low.pdf](https://web.archive.org/web/20111005091241/http:/www.masseneinwanderung.ch/downloads/argumentarium_vi_masseneinwanderung_low.pdf) (20.09.2019)
9. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/argumentarien-contra-d.pdf> (20.09.2019)
10. <https://de.wikipedia.org/wiki/Eidgen%C3%B6ssische_Volksinitiative_%C2%ABGegen_Masseneinwanderung%C2%BB> (20.09.2019)
11. <https://www.srf.ch/news/schweiz/was-hat-der-volksentscheid-gegen-masseneinwanderung-gebracht> (20.09.2019)
12. <https://www.beobachter.ch/politik/masseneinwanderung-ist-das-jetzt-der-volkswille> (20.09.2019)
13. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis399t.html> (03.10.2019)
14. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20130014> (03.10.2019)
15. <https://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Mindestlohn/Argumentarium.pdf> (05.10.2019)
16. <https://dailytalk.ch/argumente-gegen-die-mindestlohn-initiative/> (05.10.2019)
17. <https://mindestlohn-basel.ch/> (05.10.2019)
18. <https://www.ahvplus-initiative.ch/index.php/die-initiative/> (06.10.2019)
19. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20130014> (06.10.2019)
20. <https://www.ahvplus-initiative.ch/index.php/10-mehr-ahv/> (07.10.2019)
21. <https://www.vimentis.ch/f/dialog/readarticle/fuenf-argumente-gegen-die-ahvplus-initiative/> (07.10.2019)
22. <https://vpod.ch/brennpunkte/nein-zur-staf/> (07.10.2019)
23. <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/dokumentation/gesetzgebung/abstimmungen/staf.html> (07.10.2019)
24. <https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/> (08.10.2019)
25. <https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/initiativtext/> (08.10.2019)
26. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170046> (08.10.2019)
27. <https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/argumentarium/> (08.10.2019)
28. <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen/abstimmungen/selbstbestimmungs-initiative/argumente-des-nein-komitees-svp-initiative-fuehrt-zu-rechtsunsicherheit-und-isolation> (09.10.2019)
29. <https://www.ejpd.admin.ch/waffenrichtlinie> (09.10.2019)
30. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180027> (09.10.2019)
31. <https://gruene.ch/abstimmungsempfehlung/waffenrichtlinie> (09.10.2019)
32. <https://eu-diktat-nein.ch/entwaffnung-ist-kein-kompromiss-und-schengen-nicht-in-gefahr/> (09.10.2019)
33. <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2901/Bericht_DE.pdf> (09.10.2019)
34. <https://e-voting-moratorium.ch/initiativtext/> (14.10.2019)
35. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170471> (14.10.2019)

## 10.1 Abbildungsverzeichnis

1. [https://i2.wp.com/www.balthasar-glaettli.ch/blog/wp-content/uploads/2012/01/blogpost\_logo\_6wochenferien\_square.jpg](https://i2.wp.com/www.balthasar-glaettli.ch/blog/wp-content/uploads/2012/01/blogpost_logo_6wochenferien_square.jpgd) (12.09.2019)
2. <https://www.masseneinwanderung.ch/images/pictures/layoutpictures/atlanta/header-d.png?w=1200&r=1> (18.09.2019)
3. <https://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/Bilder/Symbolbilder_Artikel/mindestlohn-ja-plakat.png> (03.10.2019)
4. <https://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/Bilder/Symbolbilder_Artikel/ahvplusD.png> (06.10.2019)
5. <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/KDD_180912_F12_Sujet5_Typo_d_ohneSZ-page-001-1.jpg> (08.10.2019)
6. <https://www.ps-fr.ch/sites/ps-fr.ch/files/styles/content_full/public/images/190404_sp_ja_zum_waffengesetz_plakat_f12_d_klein_0.jpg?itok=NFp4qEot> (09.10.2019)
7. s

# 11 Anhang

## 11.1 Arbeitsprotokoll

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Datum | Aufgabe | Probleme | Kommentar |
| 03. September 2019 | Abgabe des Zeitplans und der Disposition an meinem Lehrer. | Keine Probleme. | Zeitplan und Disposition wurden vom Lehrer angenommen. |
| 04. September 2019 | Theme der Dokumentation gestalten. | Titelbild richtig positionieren. | Ich konnte alles so umsetzten wie ich es mir vorgestellt hatte. |
| 05. September 2019 | Abstimmungen heraussuchen und Interviewfragen zusammenstellen. | Die richtigen Interviewfragen zusammenzustellen war schwerer als erwartet. | Ich konnte die Abstimmungen, die ich behandeln möchte, heraussuchen. Die Interviewfragen sind auch bereit. |
| 10. September 2019 | Vorwort schreiben. | Keine Probleme. | Ich konnte das Vorwort schreiben, muss es aber noch korrigieren (Grammatikfehler). |
| 11. September 2019 | Vorwort korrigieren und Einleitung schreiben. | Fehler in der Grammatik des Vorwortes finden. | Ich konnte die Einleitung schreiben, werde diese noch korrigieren müssen. Das Vorwort wurde fertiggestellt. |
| 12. September 2019 | Über die erste Abstimmung (6 Wochen Ferien für alle) recherchieren und diese dokumentieren. Interviewfragen verschicken. | Genug spannende Informationen über die Abstimmung zu sammeln, da sie ziemlich klein ist. | Ich habe diese Abstimmung erfolgreich dokumentiert, muss diese aber noch auf Grammatikfehler korrigieren. Interviewfragen wurden verschickt. |
| 17. September 2019 | Über die zweite Abstimmung recherchieren und die Einleitung korrigieren. | Es gibt viel zu viele Informationen, dennoch muss ich das Kapitel kompakt halten. | Ich konnte die zweite Abstimmung recherchieren, muss diese aber noch aufschreiben. Einleitung wurde auf Grammatikfehler korrigiert. |
| 20. September 2019 | Die zweite Abstimmung schreiben. | Die Quellenverzeichnisse nicht zu verwechseln. | Ich konnte die zweite Abstimmung dokumentieren, muss diese nur noch auf Grammatikfehler korrigieren. Vorbereitung auf Meilenstein abgeschlossen. |
| 22. September 2019 | Die zweite Abstimmung korrigieren. | Die richtige Zeitform in den Sätzen zu verwenden hat mir Probleme bereitet. | Ich habe die zweite Abstimmung erfolgreich korrigiert und somit abgeschlossen. |
| 24. September 2019 | Besprechung mit Herr Brunner (1. Meilenstein) | Keine Probleme gehabt. | Ich habe mich mit Herr Brunner über die Dokumentation und Zeitplan unterhalten (siehe Sitzungsprotokoll 24. September 2019). |
| 26. September 2019 | Vorwort löschen und Einleitung anpassen. Arbeitsjournal abändern | Das Vorwort sollte in die Einleitung passen. | Ich konnte die Einleitung verbessern und das Vorwort entfernen. Zudem habe ich das Arbeitsjournal angepasst. Ich muss die Einleitung nur noch auf die Grammatik verbessern. |
| 03.10.2019 | 3. Abstimmung dokumentieren | Für die Einleitung genug Inhalt finden. | Ich konnte die komplette dritte Abstimmung dokumentieren. |
| 05.10.2019 | 3. Abstimmung verbessern | Schwierigkeiten mit Satzumstellungen. | Ich habe erfolgreich die dritte Abstimmung verbessert, was nicht ganz so einfach war, da ich manche Sätze umstellen musste und Schwierigkeiten dabeihatte. |
| 06.10.2019 | 4. Abstimmung Einleitung dokumentieren | Für die Einleitung genug Inhalt finden. | Ich konnte erfolgreich die Einleitung der vierten Abstimmung dokumentieren. Ich bin ausserdem hinter dem Zeitplan, was aber nicht weiter tragisch ist, da ich nächste Woche Ferien habe und meinen Rückstand aufarbeiten kann. |
| 07.10.2019 | 4. Abstimmung Pro, Contra und Auswirkung dokumentieren | Keine Probleme gehabt. | Ich habe die vierte Abstimmung jetzt komplett dokumentiert muss diese aber noch verbessern. |

## 11.2 Sitzungsprotokolle

### 24. September 2019

**Thema:** Meilenstein 1

**Teilnehmer:** Marcus Heri (Lernender), Hansruedi Brunner (Lehrer)

**Besprechungsnotizen:**

Ich muss das Vorwort rausnehmen, da es nicht in die Dokumentation passt und somit die Einleitung erweitern. Zudem ist das Arbeitsjournal viel zu kompliziert und soll vereinfacht werden, indem ich dieses als kleinere Tabelle darstelle und auch nur meine Tätigkeiten, Probleme und ein Kommentar darstellen sollte. Ich muss ausserdem den Titel von „Allgemeine Quellen löschen“.